

## Wahlprüfstein des LSVD zur Landtagswahl 2026

### **ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG**

- 1. Selbsthilfe und Förderung von Beratungsstrukturen:** Sind Sie für eine langfristige Absicherung von LSBTIQ\*-Selbsthilfe-Einrichtungen, und was will Ihre Partei tun, um Beratungsstrukturen (sowie professionell institutionalisiert als auch ehrenamtlich) zu unterstützen und ggf. auszubauen?

*Aus Sicht der SPD müssen die bereits vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote gestärkt und ausgebaut werden. Im Zuge einer lokalen Netzwerktagung für Träger von Beratungsangeboten sollen diese besser vernetzt und insbesondere Beratungsstrukturen im ländlichen Raum gezielt gefördert werden. Wo die Landkreise oder Städte ausfallen, soll das Land einspringen. Die SPD spricht sich für eine langfristige und verlässliche finanzielle Absicherung von queeren Selbsthilfe-Einrichtungen aus.*

- 2. Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“:** Werden Sie in diesem Sinne den 2025 neu aufgelegten Aktionsplan weiterführen und weiterfinanzieren?

*Den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ sichern wir im Landtag durch ein Landesgesetz für queeres Leben ab. Die SPD will, dass die im Aktionsplan hinterlegten Projekte zu einer unbefristeten Daueraufgabe der Landesregierung werden und deren Finanzierung zur gelebten Selbstverständlichkeit wird.*

- 3. Gewaltprävention:** Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt sind in den vergangenen Jahren in BW extrem angestiegen. Gleichzeitig sind das Landesantidiskriminierungsgesetz und andere Vorhaben zur Gewaltprävention der Landesregierung gescheitert. Sind Sie der Meinung, die vom Land und durch die Innenministerkonferenz angestoßenen (Präventions-)Maßnahmen sind ausreichend? Werden Sie diese Maßnahmen ggf. implementieren? Was tut Ihre Partei zur weiteren konsequenten Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt?

*Dass das im Koalitionsvertrag 2021 zugesagte Landesantidiskriminierungsgesetz aufgrund der Intervention des grünen Staatsministeriums und dem Widerstand aus den Reihen der CDU gescheitert ist, war ein schwerer Schlag gegen die queeren Communities und andere marginalisierte Gruppen. Wir bedauern diesen Vertrauensverlust sehr. Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes ein.*

*Wir brauchen eine statistische Erfassung queerfeindlicher Straftaten in Baden-Württemberg über die Bundesstatistiken hinaus. Ansprechpersonen für LSBTIQ\*-Personen bei den Polizeipräsidien im ganzen Land müssen gestärkt werden. Die Schulung von Polizist:innen im sensiblen und angemessenen Umgang mit Opfern queerfeindlicher Hasskriminalität unter besonderer Berücksichtigung von Menschen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind, z.B. queere Personen of Colour, muss verpflichtend sein. Ein landesweites Meldetool für queerfeindliche Gewalt unabhängig von Polizeibehörden, das den*

*individuellen Schutz stärken und zur Aufhellung des Dunkelfelds dienen soll, muss eingerichtet werden. Hier orientiert sich die SPD am Meldetool aus Zürich. Die von der Innenministerkonferenz angestoßenen Maßnahmen werden wir implementieren.*

4. **Geflüchtete: Schutz und inklusive Integration von queeren Geflüchteten sind wichtiger denn je - stimmen Sie zu, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind bis jetzt? Wie will sich Ihre Partei hier einsetzen?**

*Die SPD ist der Auffassung, dass die aktuellen Maßnahmen nicht ausreichend sind, um queere Geflüchtete besser zu schützen. Daher fordern wir den Ausbau der Kapazitäten von Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete mit besonderen Schutzbedarfen. Die einheitliche Betreuung durch queere und Frauen-Beratungsstellen über die Erstaufnahme, vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung hinweg werden wir ermöglichen. Wir fordern außerdem ein landesweites Gewaltschutzkonzept mit rechtlich verbindlichen Regeln für alle Unterbringungsformen – insbesondere die Erstaufnahmeeinrichtungen. Das Integrationsmanagement werden wir landesgesetzlich absichern und die Vernetzung mit ehrenamtlichen und professionellen Beratungsstrukturen für queere Menschen intensivieren.*

5. **Regenbogenfamilien: Es gibt immer noch keine Reform des Abstammungsgesetzes, es gibt keine juristischen Regelungen für die Absicherung vielfältiger queerer Familienformen, etwa Mehrelternschaft oder für Familien mit TIN\*-Familienteil(en). Werden Sie sich (weiterhin) für eine Reform des Abstammungsrechts einsetzen? Werden Sie sich für die rechtliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen einsetzen? Wird Ihre Partei auch auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen, ausbauen und/oder fördern?**

*Das vorzeitige Ende der Ampelregierung hat leider eine Reform des Abstammungsrechts und der diskriminierenden Praxis der Sukzessivadoption verhindert. Die SPD setzt sich weiterhin auf Bundesebene dafür ein, dass diese überfälligen Reformen durchgeführt werden müssen. Auf Landesebene sind Erleichterungen im Antragsverfahren des Adoptionss prozesses möglich. Dazu wollen wir Regelungen erlassen, die eine landesweit einheitliche Praxis dahingehend ermöglichen, welche Nachweise bei den Jugendämtern einzureichen sind und wie Fragebögen gestaltet werden sollen. Von Gesundheitszeugnissen des Kindes, das adoptiert werden soll, ist abzusehen, da es sich um eine diskriminierende Praxis handelt und kranken Kindern derselbe Schutzbedarf zusteht wie gesunden.*

*Vorhandene Fragebögen sollen diskriminierungsfrei mit Elternteil 1 und Elternteil 2 überschrieben werden. Auch auf ein Bewerbungsschreiben mit umfangreichen Details zur Familienhistorie und aus welchen Gründen der nicht-leibliche bzw. Co-Elternteil das Kind adoptieren möchte, soll künftig verzichtet werden. Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien werden wir finanziell absichern und bedarfsgerecht ausbauen. Die gesetzliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen werden wir auf Landesebene angehen.*

**6. Queerer Schutz in die Landesverfassung: Sollte die Landesverfassung Ihrer Meinung nach entsprechend ergänzt werden?**

*Die SPD ist der Auffassung, dass der Schutz queerer Menschen in die Landesverfassung muss. Es darf niemals wieder geschehen, dass queere Menschen staatlicher Willkür ausgesetzt sind. Die aktuellen Entwicklungen und Angriffe wie z.B. auf den CSDs im vergangenen Jahr zeigen, wie wichtig das ist.*

**7. Queerer Schutz im Grundgesetz: Unterstützt Ihre Partei die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität?**

*Seit Jahren kämpft die SPD für die Aufnahme der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes. Aktuell befindet sich der entsprechende Gesetzentwurf in der Beratung in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages.*

**8. Sichtbarkeit und Bildung: Stimmen Sie mit uns überein, dass es eine Förderung lesbischer Sichtbarkeit braucht, die weitere Stärkung von Aktivist:innen und weiterhin mehr Förderung von Vielfalt in Schulen und anderen Bildungsbereichen? Und wenn ja, was tut Ihre Partei in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode? Stimmen Sie ferner zu, dass Lebensrealitäten queerer Menschen in Bildungsplänen verankert, Bildungsarbeit mit Jugendlichen gefördert und Lehrkräfte im respektvollen Umgang mit Diversität (weiterhin) sensibilisiert werden müssen?**

*Lesbische Sichtbarkeit ist notwendig und bislang unterrepräsentiert, weshalb wir ihre gezielte Förderung sicherstellen. Dies betrifft auch die historische Aufarbeitung lesbischer Geschichte, sowie die gezielte Förderung lesbischer Stimmen in Gremien.*

*Queere Kinder und Jugendliche, sowie Kinder aus Regenbogenfamilien erleben im Schulalltag teilweise Diskriminierung und Gewalt. Das muss sich ändern. Dazu machen wir vorhandene Vorgaben im Bildungsplan verbindlicher. Ziel ist es zudem, Lehrkräfte in diesem Bereich besser aus- und fortzubilden. Darüber hinaus braucht es weitere Instrumente wie z.B. den Runden Tisch „Schule Queer gedacht“, die fortgeführt werden müssen sowie die Fortführung und den Ausbau des Fortbildungsangebots im Bereich LGBTQI\* durch das ZSL.*

**9. Gesundheit und Gesundheitsmanagement: Stimmen Sie zu, dass es in BW eine bessere geschlechtergerechte und trans\*-inklusive Gesundheitsversorgung braucht? Wenn ja, wie will Ihre Partei dies sicherstellen?**

*Gesundheit ist vielfältig, genauso wie die Lebensrealitäten von queeren Menschen in Baden-Württemberg. Doch noch immer haben queere Personen schlechteren Zugang zu passgenauer medizinischer Versorgung, sei es durch fehlende Fachkenntnisse, diskriminierende Erfahrungen oder zu wenige spezialisierte Angebote. Wir stärken queere Gesundheit gezielt, indem wir Diskriminierung im Gesundheitswesen abbauen,*

*Versorgungsstrukturen ausbauen und Forschungslücken schließen. Trotz der vielen Behandlungsmöglichkeiten zu HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten bleibt es wichtig, zu forschen und darüber zu informieren, wie man sich vor Übertragung und Ansteckung schützen kann. Wir bekennen uns zu der Landesfinanzierung der Aidshilfen im Land mindestens auf dem jetzigen Niveau.*

**10. Alter und Pflege: Hält Ihre Partei es für wichtig, die teils besonderen Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen, etwa in der Pflege von Menschen mit HIV und bei der Ausbildung und Sensibilisierung von Pflegepersonal?**

*In den nächsten Jahren wird die Zahl der Menschen, die in Baden-Württemberg pflegebedürftig werden, rapide ansteigen. Laut dem Statistischen Landesamt könnten bis 2060 rund 800.000 Menschen pflegebedürftig werden. Dadurch erhält auch die queersensible Pflege eine größere Bedeutung. Queersensible Pflege umfasst einerseits, dass sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegefach- und Pflegeassistentenkräfte und Besucher:innen angstfrei out sein können. Dass Menschen, ihre Lebensweisen und ihre Körper so angenommen werden, wie sie sind. Wir wollen als Land die Voraussetzungen dafür schaffen, dass queersensible Pflege gelingt, z.B. mit einer Sensibilisierung der Pflegekräfte und der Bereitstellung geeigneter Informationsmaterialien. Dabei geht es auch darum, bedarfsgerecht Angebote für queere Menschen zu schaffen wie z.B. queersensible Pflegeheime. Gleichzeitig wollen wir über eine Bundesratsinitiative darauf hinwirken, die generalistische Pflegeausbildung sowie die Assistenzausbildung, um die Komponente queersensibler Pflege zu erweitern, um für mehr Sensibilität auf Seiten der Pflegefachkräfte zu sorgen. Wir sehen gerade die ambulant-betreuten Wohngemeinschaften als eine wichtige Voraussetzung, um auch in der Pflegebedürftigkeit in einem queeren Schutzraum leben zu können.*

**11. Arbeitswelt und Diversity Management: Unternehmen fahren ihr Engagement zurück, vielerorts gelten Gender-Verbote. Sind Sie der Meinung, es braucht mehr Unterstützung für die Akzeptanz queerer Menschen in der Arbeitswelt? Und was wollen Sie tun, um das Diversity Management wieder zu verbessern, vielleicht auch innerhalb der Landesverwaltung? Stimmen Sie ferner zu, dass die gesellschaftliche Diversität bei der Besetzung von Gremien beachtet werden sollte?**

*Gemeinsam mit Gewerkschaften sollen Angebote für Arbeitnehmer:innen geschaffen werden, die es ihnen leichter machen sollen, frei von Sorge von Diskriminierung und Anfeindungen auf der Arbeit zu leben. Man kann sich aussuchen, mit welchen Freund:innen man die Freizeit verbringt, man kann mehr oder weniger nah der Familie sein. Das ist am Arbeitsplatz nicht möglich. Jede Person muss diskriminierungsfrei ihrer Arbeit nachgehen können. Hier darf es auch keine kirchlichen (oder anderweitigen) Sonderrechte geben, die dies ausschließen.*

*Daher beobachten wir mit großer Sorge den stattfindenden Rollback internationaler wie nationaler Unternehmen, insbesondere unter dem Druck der US-Regierung. Das Land wird bei der Umsetzung von Diversity-Strategien mit gutem Beispiel vorangehen und Unternehmen dazu anhalten, dies auch zu tun.*

**12. Inklusive Sprache: Stimmen Sie zu, dass die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung queerer Menschen durch inklusive Sprache unterstützt werden muss?**

*Sprache formt Realität. Sie darf schon aus diesem Grund nicht hinter der Lebenswirklichkeit zurückbleiben. Sprache soll nicht nur „mitdenken“, sondern abbilden. Dazu gehört notwendigerweise auch die sprachliche Repräsentation geschlechtlicher Vielfalt. Die Annahme, das generische maskulin berücksichtige alle Menschen gleichermaßen, teilen wir nicht. Die Verwendung inklusiver Sprache ist bereits seit langem Beschlusslage der SPD. Sprach- und Sprechverbote, wie sie in manchen Behörden und Institutionen praktiziert werden, lehnen wir ab.*

**13. Sport: Ein nicht unerheblicher Teil der Sportförderung erfolgt über die Landesebene, auch werden hier Strukturen (aus)gebildet. Stimmen Sie zu, dass queere Menschen und ihre Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen? Wenn ja, wie will Ihre Partei das umsetzen?**

*Ja, die Belange queerer Menschen müssen im Sport stärker berücksichtigt werden. Denn Sport kann einen wichtigen Beitrag dabei leisten, Menschen zu verbinden. Deshalb werden wir als sozialdemokratische Partei gezielt Vereine unterstützen, die integrative Angebote machen und uns dafür einsetzen, dass im Sport und in den Vereinen Vielfalt gelebt wird. Das gilt insbesondere auch für den Zugang von trans\* Personen zu Sportvereinen.*

Stuttgart, (26.01.2026)